Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 107 (2013)

Heft: 6

Artikel: Frauensolidarität an der UNO : zur 57. Session der UNO-Frauenrechtskommission in NEW York (4.-15.März 2013)

Autor: Suter, Esther R.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-390443

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Esther R. Suter

Frauensolidarität an der UNO

Zur 57. Session der UNO-Frauenrechtskommission in New York (4.–15. März 2013)

Mehr als 6000 Frauen aus über 600 Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) reisten im Frühjahr nach New York – allein diese Zahl setzt ein Zeichen. Mit ihrer Unterstützung gelang es den Delegierten der 193 Mitgliedstaaten, die Session der UN-Commission on the Status of Women (CSW) im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen zu einem Erfolg werden zu lassen.

Das Thema «Eliminierung und Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen» hatte im Vorfeld Besorgnis erregt. «Gewalt gegen Frauen» gilt bei der UNO als eines der brisantesten Themen. Als im 2003 die CSW das Thema «Gewalt gegen Frauen und Menschenrechte» aufgriff, bestanden Differenzen zu Themen wie sexuelle Erziehung, sexuelle und reproduktive Rechte sowie der Hierarchie von staatlicher Souveränität und der Geltung der Menschenrechte bei kulturellen und religiösen Praktiken. Diesmal waren die UNO-Einheit Frauen und zahlreiche NGOs fest entschlossen, keinen Schritt hinter erreichte Vereinbarungen wie den Beschlüssen von Beijing (1995) zuzulassen. Das diesjährige Schlussdokument ist deshalb ein historischer Schritt im Einsatz für die Rechte und Würde von Frauen und Mädchen. Denn konservative muslimische und römisch-katholische sowie liberale westliche Länder einigten sich, Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu bekämpfen.

Aktive Schweiz

Neu erhielt die Schweiz einen Sitz in der 45-köpfigen CSW-Kommission. Dazu meint Sylvie Durrer, die neue Direktorin des EBG (Eidg. Büro für die Gleichstellung von Mann und Frau): «Die Schweiz ist nun zum ersten Mal und für eine Periode von vier Jahren stimmberechtigtes Mitglied der CSW. Zudem wurde sie in das Büro der CSW gewählt – ein zweijähriges Mandat, welches erlaubt, an strategischen Entscheiden mitzuwirken und die Themenwahl der kommenden Jahre mitzubestimmen. So will die Schweiz die Themenbereiche Menschenrechte von Frauen, Zugang zu Bildung, wirtschaftliche Unabhängigkeit, sexuelle und reproduktive Rechte, Bekämpfung der häuslichen Gewalt sowie Einbindung der Männer in die Förderung der Gleichstellung vermehrt einbringen.»

Zum Resultat der Konferenz äusserte sich Durrer befriedigt: «Die Schweiz freut sich sehr, dass ein Konsens erzielt

werden konnte bei der Bekämpfung von häuslicher Gewalt, Frauenhandel und Zwangsprostitution, weiblicher Genitalverstümmelung, Kinder-, Früh- und Zwangsheiraten, sexueller Gewalt gegen Frauen als Kriegswaffe sowie sexueller Belästigung in der Öffentlichkeit und am Arbeitsplatz. Damit dieser Konsens erreicht werden konnte, musste auf die Thematisierung einiger Problematiken, welche die Mitglieder entzweit hatten, verzichtet werden. Die Anliegen der Schweizer Delegation wurden jedoch im Grossen und Ganzen in das Enddokument aufgenommen. Zu den wichtigsten Errungenschaften der diesjährigen Tagung der CSW zählt die klare Feststellung, dass Bräuche, Traditionen und religiöse Überlegungen nicht als Rechtfertigung für Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen dienen können.»

Ägypterinnen erheben ihre Stimme

Die offizielle NGO-Vertreterin in der Schweizer Delegation, Natalie Trummer, Geschäftsleiterin von «Terre des Femmes Schweiz» und Vorstandsmitglied von «NGO-Koordination post Beijing Schweiz» (Dachorganisation von dreissig Frauenorganisationen), schilderte es als «eine überwältigende Erfahrung, dass die angereisten NGOs mit ihrer Mobilisierung den Verhandlungsprozess sehr positiv beeinflussen konnten, während die in New York akkreditierten NGOs mit ihrem grossen Fachwissen Einfluss auf einzelne Länderdelegationen ausübten.» Trummer berichtet über die Widerstände auf Seiten der Muslimbrüderschaft, die dazu aufrief, die CSW zu boykottieren und den Zugang zur UNO zu sperren. Im letzten Verhandlungsprozess erhob die ägyptische Delegationsleiterin Mervat Tallawy ihre Stimme gegen konservative NGOs und Kräfte in ihrem Land, welche die Sanktionierung sexueller Belästigung im öffentlichen Raum bekämpften und erklärte, Ägypten werde sich dem Konsens anschliessen.

Die Schweizer UN-Mission unterstützte während der Session eine Veranstaltung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (Wilpf) zum Thema Frauenrechte in der Mena-Region (Naher Osten / Nordafrika). Frauen aus Ägypten, Jemen, Jordanien, Irak, Libanon, Marokko, Tunesien und Libyen beklagten, dass Frauen in Verhandlungen um Frieden und Sicherheit nicht einbezogen werden. Sie sprachen auch von gezielter Einschüchterung von Frauen im öffentlichen Raum. Ein offenkundiges Beispiel dafür war die anwesende Azza Kamel, Exekutiv-Direktorin von Appropriate Communication Techniques for Development und Gründerin des Women Research Center in Ägypten. Im Dezember ging die Meldung um die Welt, wie diese mutige Frau eine junge, von Soldaten entblösste Frau auf dem Tahrirplatz retten wollte und dabei von Militärs fast getötet wurde. Sie sagte: «Wenn wir die Stimme erheben, wird es für uns gefährlich.»

Diese engagierten Frauen wollen weiter kämpfen für mehr Rechte und Demokratie, auch wenn sie dabei ihr Leben aufs Spiel setzen. Von der internationalen Vernetzung erhoffen sie sich Solidarität auch von Frauen in führenden Positionen bei Verhandlungen zu Frieden und Sicherheit vor Ort. Sie brauchen diesen Rückhalt, denn allzu oft sind sie von Verhandlungen ausgeschlossen. Das Schlussdokument bietet dazu eine Handhabe: «Gewalt gegen Frauen» beinhaltet jede mögliche gender-basierte Gewalt, die für Frauen und Mädchen zu physischem, sexuellem oder psychologischem Schaden oder Leiden führt, einschliesslich der Androhung solcher Handlungen, der Nötigung oder der absichtlichen Beraubung von Freiheit, entweder im öffentlichen oder im privaten Leben. ●

Pfarrerin Esther R. Suter arbeitet als Theologin und Fachjournalistin BR. Ihre Schwerpunkte sind Ökumene, Frauen in Kirche und Gesellschaft, interreligiöser Dialog.
esther-r.suter@unibas.ch